

TAGUNGEN

Die deutsche Wirtschaftswissenschaft zum Problem der Vollbeschäftigung

Vor beinahe 80 Jahren gründeten die Führer der jüngeren historischen Schule der deutschen Nationalökonomien den Verein für Sozialpolitik. In ihm fand in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts der spöttisch sogenannte „Kathedersozialismus“ seine Heimstatt, der in der Folgezeit für die Entwicklung der deutschen Sozialpolitik eine so fruchtbare Bedeutung erlangen sollte. Die Tradition des Vereins, die mit Namen wie Schmoller, Adolph Wagner, Lujo Brentano beginnt und weiter über Schäffle, Herkner, Sombart, schließlich bis zu Max Sering, Lederer und Heimann führt, wurde in den ersten Jahren des Dritten Reiches abgewürgt; die demokratischen Prinzipien des Vereins wurden unterdrückt und der Verein im April 1936 zur Selbstaflösung gezwungen, nachdem auch der letzte, unter Vorsitz von Constantin von Dietze mit sehr viel Zivilcourage unternommene Versuch der Aufrechterhaltung der Eigenständigkeit durch die NSDAP zunichte gemacht worden war.

Arbeitslosigkeit - Schuld oder Schicksal?

„Arbeitslosigkeit - Schuld oder Schicksal?“ wurde ein geflügeltes Wort nach der letzten großen wissenschaftlichen Tagung vor der nationalsozialistischen Umwälzung, die der Verein für Sozialpolitik 1932 in Dresden abhielt. Diese Tagung stand vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise und der deutschen Sechs-Millionen-Arbeitslosigkeit, und auch die beiden Themen der Arbeitslosigkeit und des Autarkieproblems konnten und sollten nach damaliger Lage der Dinge nur zur Behandlung der seinerzeitigen deutschen Existenzfragen führen.

Nach diesem Kriege ist der Verein für Sozialpolitik wieder neu ins Leben getreten. Er hat seinem Namen heute den Untertitel „Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften“ beigefügt und darin offenbar der Tendenz und dem Anspruch Ausdruck gegeben, entgegen der alten Tradition nicht nur die an der Lösung der sozialen Frage arbeitenden Nationalökonomien um sich scharen zu wollen, sondern darüber hinaus die gesamte deutsche Wirtschaftswissenschaft in sich zu vereinen. Es mag dahingestellt bleiben, ob damit für die Zukunft nicht jener Rivalität zwischen wirtschafts- und sozialpolitischer und wissenschaftlich-theoretischer Erörterung, unter deren Gegensätzlichkeit in Ziel und Methode

schon der alte Verein in gewisser Weise gelitten hatte, abermals ein Weg geöffnet wird. Die erste große wissenschaftliche Tagung, die der Verein für Sozialpolitik vom 14. bis 16. Oktober 1950 in Bad Pyrmont abhielt, zeigte jedoch, daß eine Synthese zwischen beiden durchaus möglich ist. Mit dem Thema „Problematik der Vollbeschäftigung“ hat der Verein nicht nur thematisch den Faden dort wieder aufgenommen, wo er 1932 abgeschnitten worden war, sondern die sechs Referate haben auch eindringlich die sorgfältige wissenschaftliche Arbeitsweise demonstriert; aber darüber hinaus: wenn *Prof. Woldemar Koch* am Schluß seines Referats - an Dresden anknüpfend - ausrief: „Arbeitslosigkeit mag zunächst sowohl Schuld sein als auch Schicksal - auf die Dauer wird sie immer zur Schuld der Gesellschaft!“ und dabei den ungeteilten Beifall der Versammlung fand, so konnte der Zuhörer die Gewißheit empfinden, daß der wiedererstandene Verein für Sozialpolitik das soziale und wirtschaftliche Kernproblem unserer Zeit zu dem seinigen gemacht hat.

Niemand der Anwesenden, auch nicht die Vertreter der neo-liberalen Schule, hat im Laufe der Diskussion das Ziel der Vollbeschäftigung in Frage gestellt. Die Debatte ging lediglich um die Methoden der Vollbeschäftigungspolitik, wie sie in Anlehnung an Keynes nicht nur theoretisch entwickelt worden, sondern auch praktisch in manchen Ländern seit geraumen Jahren geübt werden. Hierbei gab es zweifellos erhebliche Differenzen über die Zweckmäßigkeit der einzelnen Mittel, über die Voraussetzungen ihrer Anwendbarkeit und über ihre zeitliche Abstufung. Es ist bemerkenswert, daß ein Teil der Professoren in voller Kenntnis der seit 1936 von Keynes und von der an ihn anschließenden Schule veröffentlichten internationalen Forschung argumentieren konnte, während ein anderer Teil ganz offensichtlich den Anschluß an die in der Zwischenzeit vornehmlich im Ausland weiterentwickelte, moderne Theorie der Beschäftigung noch nicht gefunden hatte. Dieser Zwiespalt zeigte sich am deutlichsten bei der Diskussion des ausgezeichneten Referats von *Prof. Erich Schneider* (Kiel) über den gegenwärtigen Stand der Theorie der Beschäftigung, in der besonders der Diskussionsbeitrag von Geheimrat *Adolf Weber* fast vollständig an den von Schneider dargelegten Problemen vorbeiging. Nachdem Schneider in bestechender Klarheit die neuen Argumente skandinavischer, englischer, amerikanischer und auch deutscher Forscher dargelegt hatte, ging Weber so weit, zu behaupten, daß kein Amerikaner bisher die theoretische Akuratesse des Deutschen Johann Heinrich von Thünen erreicht habe. Abgesehen von der Taktlosigkeit dieser Bemerkung kann man Schneider nur beipflichten, wenn er erwiderte, daß die Forschung und ihre Erkenntnisse ausschließlich auf den Gesetzen der Logik beruhen, die von nationalen Grenzen vollständig unabhängig sind.

Klare Grundlagen

Am Anfang der sorgfältig aufgestellten Vortragsfolge, die vom Allgemeinen und Abstrakten zum Speziellen und Konkreten führte, stand das Referat Schneiders, das eine konzentrierte Darstellung der mehr oder minder anerkannten Erkenntnisse der modernen Theorie gab.

Das gleichfalls theoretische Referat von *Prof. Walter Hoffmann* (Münster) über die Vollbeschäftigung als Problem der wachsenden Wirtschaft ging von verschiedenen Ansätzen der Analyse aus. Nachdem unter Wachstum die ständige Vergrößerung des Sozialprodukts verstanden wurde, nahm Hoffmann wechselseitig die Wachstumsrate der Bevölkerung, die Kapitalintensität und die Zuwachsraten des Kapitalstockes als variabel oder konstant an. Von den damit gegebenen Kombinationsmöglichkeiten ausgehend entwickelte Hoffmann eine Reihe von Modellen, an denen die jeweiligen Bedingungen für die Möglichkeit der Vollbeschäftigung gezeigt wurden.

Im Schluß seines Referates kam Hoffmann zu folgenden politischen Konsequenzen: Bei stetigem Wachstum sei ein konstanter Beschäftigungsgrad nur aufrechtzuerhalten, wenn eine „ordnende Hand“ in die Entwicklung eingreift. Hierbei denkt Hoffmann durchaus an ein Wettbewerbssystem, innerhalb dessen eine Reihe von Möglichkeiten gegeben seien, die Wirtschaftspläne privater und öffentlicher Haushaltungen wie Unternehmungen zu koordinieren. Für den Fall, daß die Konsumquote trendmäßig sinken sollte und durch Überersparnis die stetige Entwicklung gefährdet würde, regte Hoffmann eine Hebung des Realeinkommens der unteren und untersten Einkommenschichten an.

Das Gespenst der Inflation

Seit jeher hat man den Anhängern der Vollbeschäftigung die Gefahr der Inflation vorgehalten, und seit dem Beginn der gegenwärtigen Verteidigungsanstrengungen der westlichen Welt ist die Gefahr allgemeiner Inflation infolge gesteigerter öffentlicher Investitionstätigkeit besonders aktuell. Es war daher notwendig, daß die folgenden wirtschaftspolitischen Referate dem Inflationsproblem besondere Aufmerksamkeit widmeten. *Prof. Th. Wessels* (Köln) bezeichnete zu Beginn seines Vortrages über „Wirtschaftspolitik im Zeichen der Vollbeschäftigung“ die Instabilität und Unsicher-

heit der Beschäftigung als *das* wirtschaftspolitische Problem schlechthin.

Wessels ging von Keynes aus, dem er das Verdienst zusprach, endgültig die Eigenbedeutung der Geldgrößen klar gemacht und mit der Vorstellung vom bloßen „Geldschleier“ aufgeräumt zu haben, den man in der Klassik lediglich hinwegziehen zu können vermeinte, um die realen Tauschvorgänge erkennbar werden zu lassen. Im Gegensatz dazu aber betonte Wessels hinsichtlich der gegenwärtigen deutschen Lage die Wichtigkeit der güterwirtschaftlichen, besonders der produktionswirtschaftlichen Zusammenhänge. Er machte dem „Keynesianismus“ geradezu den Vorwurf, die Entwicklung nach der anderen Seite hin übertrieben und die Untersuchung der Frage vernachlässigt zu haben, ob denn und wie weit Investitionsentscheidungen überhaupt auf Sachgüter stoßen können. Hier tauchte zum erstenmal das Engpaßproblem auf, das sich dann - im nachfolgenden Schillerschen Referat theoretisch beleuchtet - durch den ganzen weiteren Verlauf der Tagung hindurchzog. In der Prüfung der Anwendbarkeit Keynesischer Wirtschaftspolitik auf das heutige Deutschland kam Wessels zu dem Ergebnis, daß eine Reihe der Keynesischen Voraussetzungen nicht erfüllt seien. Er stellte fest, daß zwar eine konsequente Vollbeschäftigungspolitik abzulehnen sei, deswegen aber die Auflösung der deutschen Dauerarbeitslosigkeit durchaus doch mit anderen Mitteln erreichbar wäre. Es seien eine Reihe partieller, spezifischer Maßnahmen notwendig, die nicht auf die Beseitigung eines in Wirklichkeit gar nicht vorhandenen Nachfragedefizits, sondern auf Beseitigung des Mangels an komplementären Produktionsmitteln, des Mangels an Mobilität der Arbeitskraft abzustellen wären. Letzten Endes sei jedoch die Erreichung einer höheren Sparquote und der Aufbau eines Kapitalmarktes entscheidend!

An dieser Stelle muß eingefügt werden, daß man als Kenner der aktuellen deutschen Vollbeschäftigungsprogrammatik besonders am Schluß des Wesselschen Referats den Eindruck hatte, daß der Referent - vom Dogmatismus der Vollbeschäftigung sprechend - gegen Schatten kämpfte.

Wessels operierte in der Richtung des Schlagwortes vom „mißverstandenen Keynes“, mit welchem von gutgläubigen wie bössartigen Kritikern den Vollbeschäftigungsleuten vorgeworfen wird, sie hätten zwar Keynes wirtschaftspolitische Rezepte kapiert, nicht aber die Voraussetzungen, auf denen die Rezepte beruhen, und sie übersähen, daß diese Voraussetzungen auf Deutschland heute nicht zuträfen.

Die tatsächliche Position der deutschen Vollbeschäftigungspolitiker wurde glücklicherweise im anschließenden Referat über Vollbeschäftigung und Kreditpolitik sehr deutlich, das der Hamburger Wirtschaftssenator, *Prof. Schiller*, hielt. Dabei dürfte sich zur Freude von Prof. Wessels gezeigt haben, daß in einer Reihe von Punkten der Analyse und auch in einigen Punkten der wirtschaftspolitischen Konzeption seine Auffassungen und diejenigen des erklärten Vollbeschäftigungsanhängers gar nicht einmal so meilenweit voneinander entfernt waren. Immerhin kann aber Prof. Wessels der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß er das Gespenst der rückgestauten Inflation und der umfassenden Zwangswirtschaft selbst entworfen und dann versucht hat, es ohne weiteres den Vollbeschäftigungsleuten in die Schuhe zu schieben. Das Referat Schillers machte ganz klar, wie sehr Wessels in diesem Punkte unrecht hatte.

Gratwanderung zur Vollbeschäftigung

Schiller ging davon aus, daß die Instrumente der Kreditpolitik dieselben seien, gleich ob man mehr dem Keynesianismus oder mehr der neo-klassischen Kreditpolitik zuneige. Alle in Frage kommenden Mittel der Kreditpolitik, vom Diskont über den offenen Markt, die Mindestreservesätze bis hin zur Manipulierung des Wechselkurses und zur staatlichen Kreditgewährung, seien marktkonform benutzbar, wobei offensichtlich manche von der Vollbeschäftigungsschule erarbeiteten Werkzeuge inzwischen ihren „neo-klassischen Segen“ erhalten hätten. Die Unterschiede bestehen mehr in der Rolle, die man der Kreditpolitik bei der Erreichung des Aufschwungs einräumt, und in der Verkoppelung mit sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen. In der Neo-Klassik sei der Kredit Wegbahner des Kapitalbildungsvorgangs, Kreditexpansion werde als erlaubtes Mittel zur Ingangbringung des Kapitalmarktes angesehen, und der Kredit habe eine primär kapitalpolitische Funktion - im andern Falle soll er zunächst der Erweiterung der kaufkräftigen Nachfrage dienen und habe somit primär eine einkommenspolitische Funktion. Beide Auffassungen nähmen zunächst unausgenützte Kapazität des Gesamtproduktionsapparates an und seien einander folglich im Bereich dieser Elastizitätsspanne ähnlich. Die entscheidende Grenze der Anwendbarkeit der Keynesischen Empfehlungen ergäbe sich erst bei Erreichung der Elastizitätsgrenze, d. h. der Engpässe. Hier sei die Gefahr gegeben, daß weitere Steigerungen der effektiven Nachfrage zu „marktwirtschaftlich nicht mehr verdaubaren“ Preissteigerungen führen oder, anders ausgedrückt: zu einem Umschlag von der Quantität einzelner Preiserhöhungen in die Qualität einer Erhöhung des Gesamtpreinsniveaus.

Unter Hinweis auf den Amerikaner

Lawrence Klein nannte Schiller dies die Erreichung des Engpaßniveaus der Beschäftigung, wobei als zweites „strategisches Niveau“ der Volkswirtschaft das Vollbeschäftigungsniveau ins Auge gefaßt wird. Das vereinfachte Schema dieser beiden Niveaus ließe nunmehr erkennen, daß beide kreditpolitischen Auffassungen zum Zuge kommen müssen, daß sie jedoch für verschiedene Strecken des Weges gelten. In Deutschland liegt das Engpaßniveau heute erheblich unter dem Vollbeschäftigungsniveau, so daß in der Situation der konjunkturellen Arbeitslosigkeit des Frühjahrs 1950 eine Politik der Beschäftigungssteigerung nach keynesianischen Empfehlungen insoweit notwendig gewesen wäre, als die Beschäftigung noch nicht die Ebene der Engpässe erreicht hatte. Schiller kritisierte hier die verschleppte Durchführung des sogenannten Arbeitsbeschaffungsprogramms der Bundesregierung, die im übrigen gar nicht unter konjunkturpolitischen, sondern vielmehr unter strukturpolitischen Aspekten erfolgt sei. Wäre aber in der Volkswirtschaft dieses Engpaßniveau einmal erreicht, so dürfte das Kreditvolumen nur im gleichen Schrittmaß mit der Ausdehnung der Gesamtproduktion und der Auflösung von Flaschenhälsen gesteigert werden. Für die Auflösung der Flaschenhalse selbst ist nach Schüller zunächst eine qualifizierte Kreditschöpfung erforderlich, die ausschließlich den Engpässen zugute kommen darf. Mit der so erreichten Steigerung der Beschäftigung werden jedoch neue Engpässe sich ergeben, die, wenn die Gefahr inflatorischer Entwicklung vermieden werden soll, nur durch ein entsprechendes Nachziehen echter Spartätigkeit überwunden werden können.

Schiller hält also im „Gefilde der Engpässe“ einen Dualismus der wirtschaftspolitischen Methoden für notwendig, wobei mit fortschreitender Annäherung an die Vollbeschäftigung die Bedeutung des echten Sparens immer mehr in den Vordergrund rückt. Dieser Weg zur Vollbeschäftigung ist nach Schiller seines Dualismus wegen einer Gratwanderung zu vergleichen, er sei aber in der heutigen deutschen Situation nicht zu umgehen. Bei der Begründung der nach seiner Meinung auch im Herbst 1950 noch notwendigen spezifischen Kreditschöpfung für bestimmte Engpaßzwecke wies Schiller auf die großen regionalen und branchenmäßigen Unterschiede in der Investitionsneigung und den erwarteten Kapitalerträgen hin. In der heutigen deutschen Wirtschaft, die einer tatsächlichen Wettbewerbsordnung durchaus ermangelt, bestünde keine Gewähr dafür, daß monopolistische Gewinne in engpaßauflösende Investitionen fließen. Im Endergebnis müsse nach Erreichung des Engpaßniveaus das Kreditvolumen jedoch mit der Ausdehnung der Gesamtproduktion wachsen. Hierbei sei der Handelswechsel das geeignete Instrument. Schiller wandte sich gegen die von Röpke vorgeschlagene Zinserhöhung, weil ein höherer Zins keineswegs die erforderlichen, engpaßauflösenden Investitionen herbeiführen könne, weil er nicht zur Vergrößerung der Sparrate führen könne und schließlich, weil er die Kurse der alten Wertpapiere absinken lasse und damit abermals das Sparvertrauen enttäuschen würde. Die Sparneigung sei vielmehr überwiegend ein psychologisch-politisches Problem.

Schiller machte als Beispiel einer Lösungsmöglichkeit des Kapitalmarktproblems den Vorschlag der Ausgabe von niedrig verzinslichen öffentlichen Schuldverschreibungen auf den Inhaber, deren Amortisation und Verzinsung durch die Weltbank zu garantieren wäre. Hierbei sei ein erheblicher psychologischer Anreiz für die deutsche Spartätigkeit zu erwarten. Später - bei Ende des Marshallplanes - müßten diese Schuldverschreibungen dann auch im Ausland verkäuflich sein, so daß der ausländischen Garantie eine effektive Kapitaleinfuhr folgen könne.

Im Schlußwort führte Schiller u. a. aus, daß in der Diskussion eine erfreuliche Unvoreingenommenheit zutage getreten sei und man könne nun doch den Eindruck haben, daß die deutsche Nationalökonomie tatsächlich nicht nach der Haltung jenes Mannes beurteilt werden dürfe, der auf den Gebrauch eines Rasiermessers verzichten wollte, weil sich früher einmal ein anderer damit geschnitten hatte.

Die Tagung wurde durch die Referate von Prof. Woldemar Koch „Vollbeschäftigung und Finanzpolitik“ und Prof. Heinrich Rittershausen über „Vollbeschäftigung und Außenpolitik“ beschlossen.

Das Gesamtergebnis

Es ist nicht ganz einfach, zu einer Feststellung dessen zu gelangen, was vielleicht als Gesamtergebnis der Tagung angesprochen werden dürfte. Dies liegt einmal an den nicht unerheblichen Niveauunterschieden zwischen Referaten und Diskussionen; die Referate waren von langer Hand vorbereitet und mit großer Präzision durchformuliert, so daß es keineswegs einfach war, nicht nur den Gedankenführungen zu folgen, sondern darüber hinaus auch die Notwendigkeit für kritische und zusätzliche Bemerkungen rechtzeitig zu erkennen. Zum anderen litt die Diskussion auch etwas unter der nicht ganz vorbildlichen Diskussionstechnik; manche Diskussionsredner hielten sich nicht streng an die Problemstellung des jeweiligen Referates und insbesondere fehlte leider ein die Gesamtagung in ihren Ergebnissen zusammenfassendes Schlußwort. Wenn wir im folgen-

den ein Gesamtergebnis herauszustellen suchen, so kann dies nur darauf beruhen, hier die wesentlichsten Erkenntnisse, die in den Referaten und teilweise auch in der Diskussion vorgebracht worden sind, insoweit zusammenzufassen, als sie nicht entscheidenden Widerspruch gefunden haben. Damit ist natürlich nicht sicher, daß alle Anwesenden oder auch nur die Mehrheit der Anwesenden mit diesen Thesen konform gingen; lediglich unter dieser Einschränkung stellen wir fest, daß die Tagung in folgenden Punkten den Eindruck weitgehender Übereinstimmung erweckte:

1. John Maynard Keynes und der Keynesianismus waren Ausgangspunkt und Hintergrund aller Referate. Es zeigte sich, daß die Untersuchung der Beschäftigungsproblematik an Keynes einfach nicht vorübergehen kann, wenngleich auch Adolf Weber und einige andere versucht haben, das Gegenteil darzulegen.
2. Als wesentliches Ergebnis muß die Herausarbeitung der klaren Unterscheidung zwischen den wirtschaftspolitischen Empfehlungen Keynes', die von den englischen Daten der frühen dreißiger Jahre ausgingen, einerseits und dem davon völlig unabhängig gültigen, gedanklichen und theoretischen Instrumentarium des Keynesianismus andererseits festgestellt werden. Die Pyrmont-Tagung wird damit wahrscheinlich für Deutschland das Schlagwort vom falschverstandenen Keynes erledigt haben.
3. Es bestand weitestgehend Übereinstimmung darüber, daß die deutsche Wirtschaftspolitik in erster Linie und bewußt ein so hohes Beschäftigungsniveau anzusteuern habe, wie es mit der Stabilität der deutschen Volkswirtschaft nur irgend vereinbar ist.
4. Das Engpaßproblem, oder genauer gesagt: der Abstand zwischen dem Beschäftigungsstand bei Erreichung des Engpaßniveaus und der Vollbeschäftigung wurde als ein Hauptproblem der heutigen deutschen Situation herausgestellt.
5. Es bestand weitgehend Übereinstimmung darin, daß zur Aufhebung des Engpaßniveaus sowohl eine partielle, qualifizierte Kreditschöpfung nach wie vor erforderlich, als andererseits gleichzeitig und bei steigender Beschäftigung zunehmend die Vergrößerung der echten Sparrate notwendig ist.
6. Eine Kontraktion des Kreditvolumens wird das Ansteigen der Beschäftigung verhindern; statt dessen muß die Expansion des Kreditvolumens im gleichen Schrittmaß mit der Ausweitung der Produktion und der Beseitigung der Engpässe erfolgen.
7. Die mangelnde Mobilität der Arbeitskräfte und damit das Wohnungsproblem im umfassenden Sinne wird als einer der schwerwiegendsten Engpässe angesehen.
8. Die Herstellung eines echten Kapitalmarktes ist eine der wichtigsten gegenwärtigen Aufgaben.
9. Auch wenn ein Kapitalmarkt wieder geschaffen sein sollte, wird dieser nicht in der Lage sein, von sich aus die Überwindung aller Engpässe zu ermöglichen, solange die Wirtschaftsordnung monopolistisch durchsetzt bleibt; fiskalische Kapitalbildung und staatliche Kapitallenkung, mindestens des so verfügbar gemachten Kapitals, bleibt deshalb nach wie vor notwendig. (Diese Erkenntnis wurde teilweise angefochten, gleichwohl aber von der Mehrheit der zu diesem Punkt Sprechenden geteilt.)

Kritische Schlußbemerkungen

Die Tagung war zweifellos nicht nur ein Erfolg für die exakte wissenschaftliche Analyse, sondern darüber hinaus, angesichts der vorstehend erörterten Hauptergebnisse, auch vom praktisch-wirtschaftspolitischen Standpunkt durchaus erfolgreich. Es verdient festgehalten zu werden, daß hieran nicht nur deutsche, sondern auch ausländische Wissenschaftler, darüber hinaus aber auch „Praktiker“ aus Unternehmungen, Länder- und Bundesministerien, Banken und Zentralbanksystem ihren Anteil hatten.

Als Mangel mußte empfunden werden, daß eine Auseinandersetzung mit den gegenwärtigen Problemen der Sozialpolitik nicht einbezogen worden war, so daß die für eine deutsche Vollbeschäftigungspolitik sehr bedeutsamen Probleme des Lastenausgleichs, der Flüchtlinge und der allgemeinen Rentenversorgung nicht behandelt worden sind; lediglich im Referat von Professor Koch fand eine gewisse Berührung mit Problemen der Sozialpolitik im engeren Sinne statt. Auch der Zusammenhang zwischen Vollbeschäftigungs- und Außenwirtschaftsproblematik ist nicht ausreichend berührt worden, obwohl gerade heute die Frage der zukünftigen Gestaltung der deutschen Zahlungsbilanz von entscheidender Bedeutung für eine deutsche Beschäftigungspolitik erscheint. In diesem Punkt ist die im März dieses Jahres in Oberhausen stattgefundene Tagung des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften wesentlich tiefer in die Materie hineingegangen.¹ Die für Deutschland, wie für alle übrigen Länder des westlichen Wirtschaftssystems bedeutsamen Auswirkungen des sich abzeichnenden internationalen inflatorischen Trends und die sich daraus ergebende Aufgabenstellung einer deutschen Beschäftigungspolitik, wurden in Pyrmont kaum berührt.

HELMUT SCHMID

¹ Siehe: Vollbeschäftigung, Ergebnisse einer Arbeitstagung des WWI der Gewerkschaften, Bund-Verlag, Köln.